

## **Zukunft für Schleswig-Holstein verlangt einen Politikwechsel jetzt**

Der Kapitalismus ist als gesellschaftlicher System in einer tiefen Krise. Die Profitlogik als tragende Säule dieser Gesellschaft führt aktuell zu Massenarbeitslosigkeit, Verelendung größerer Teile der Bevölkerung, Verschuldung aller öffentlichen und vieler privater Haushalte, ökologischen Katastrophen und Kriegen. Sie führt dazu, dass die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden, und dass z.B. Bildung nach dem jeweiligen Vermögen der Eltern vermittelt wird.

Diese Krise führt nicht automatisch zum Zusammenbruch des Systems oder schafft Voraussetzung für die Durchsetzung einer neuen progressiven Entwicklung – im Gegenteil: die Gefahr einer Rechtsentwicklung, einer Entwicklung zu autoritären Herrschaftsformen wächst.

Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Konflikte und Widersprüche in der bisherigen Form zu lösen.

Das parlamentarische System des Wechsels der Regierungsverantwortung zwischen Regierung und Opposition hat im wesentlichen dazu geführt, dass ähnliche oder gleiche politische Konzeptionen sich abwechseln. Es war und ist eher ein Farbwechsel als eine inhaltliche und tatsächliche Veränderung von Politik. Fast 50 % der Wahlbevölkerung ziehen daraus die Schlussfolgerung, sich nicht mehr an Wahlen zu beteiligen. Aus unserer Sicht wird es einen Politikwechsel erst dann geben, wenn vor allem die außerparlamentarische Bewegungen durch Aktionen vielfältiger Art ihre politischen Ziele mehrheitsfähig und damit durchsetzungsfähig gestaltet. Erst ein massenhaft sich entwickelnder außerparlamentarischer Kampf und die Orientierung auf antikapitalistische Veränderungen kann auch in Parteien und Parlamenten einen Politikwechsel durchsetzungsfähig machen.

Ziel der DKP ist es deshalb auch im Wahlkampf, die sich entwickelnden außerparlamentarischen Bewegungen zu stärken, in ihnen zu wirken und Vorschläge einzubringen. Wesentlich ist die Unterstützung aller politischen Forderungen, die für die Arbeiterklasse von entscheidender positiver Bedeutung sind. DKP – Mitglieder leisten ihren Beitrag zur Unterstützung und Weiterentwicklung von politischen Forderungen, die Beschäftigte und Erwerbslose mit ihren Familien betreffen.

Die Gewerkschaften sind die größten und wichtigsten außerparlamentarischen Organisationen! Wir unterstützen die Kämpfe für den Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, für das Recht auf Arbeit für alle. Zur Erreichung dieses Ziels können auch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich beitragen.

Wir beteiligen uns an Aktionen von Netzwerken und außerparlamentarischen Bewegungen zu Forderungen nach Frieden, sozialer Sicherheit und mehr Gerechtigkeit, für tatsächliche Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten, für ökologischen Umbau und gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und Faschismus, für die Rechte der Frauen zu tatsächlicher Gleichberechtigung in der Gesellschaft, für die Jugend, die ein Recht hat auf Bildung und Ausbildung, sinnvolle Freizeitgestaltung, Mitbestimmung und Teilhabe in der Gesellschaft.

Gerade die Jugend hat ein Recht auf eine Zukunft ohne Militarismus und Krieg!  
Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!

### **Kernforderungen der DKP zu den Landtagswahlen im Mai 2012.**

a. Ein Rettungsschirm für 99 % der Bevölkerung!

Dazu ist es vor allem nötig, dass die Schulden aller öffentlichen Haushalte um 50 % gekürzt werden. Die Zinszahlung zugunsten der Banken und Finanzinstitute wird sofort eingestellt. Die Verursacher dieser Krise, das Finanzkapital, muss der Bevölkerung das widerrechtlich angeeignete Kapital zurückerstatten.

Entsprechend dem Grundgesetz sind Banken und Finanzinstitute zu enteignen und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und der Bevölkerung zu stellen!

Jedwede Spekulationsgeschäfte sind zu verbieten!

Es müssen Voraussetzungen diskutiert und geschaffen werden, die ein Finanzsystem schaffen, das im Sinne der Bevölkerungsmehrheit demokratisch kontrolliert wird.

b. Eine Umverteilung zugunsten der Bevölkerung und zu Lasten der Reichen!

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

Sofortige Einführung einer Reichensteuer von mindestens 5 % des Vermögens. Reichtum basiert nicht aus persönlichen Fähigkeiten – in der Regel entsteht er durch illegitime Ausbeutung der Beschäftigten, durch Beteiligung an menschenverachtenden Spekulationen (aktuell z.B. bei Nahrungsmitteln) und durch das Abschöpfen von Steuergeldern für Privilegien aller Art.

Eine Rückführung des illegal erworbenen Reichtums zugunsten der Lösung aktueller Schuldenprobleme öffentlicher Haushalte ist unabdingbar.

Die materiellen Grundlagen zur Überwindung von Armut, zur Sicherung von Arbeit und mehr sozialer Gerechtigkeit, von Bildung, Kultur und einem humanistischen demokratischen Zusammenleben verlangt eine Umverteilung zu Lasten der Reichen!

c. Ein Wechsel zu mehr Demokratie!

Aktuell sind die gesellschaftlichen Verhältnisse durch das Diktat transnationaler Konzerne und Banken bestimmt. Sie bestimmen politische Entscheidungen in der Kommune, im Land, im Bund, in der EU und in der Welt. Manche Entscheidungen machen die Beziehung des Finanzkapitals zu Regierungen und internationalen Institutionen nachvollziehbar.

-- Sie sind verantwortlich für Kriege in unterschiedlichen Teilen der Welt zur Sicherung ihrer weltweiten Profitinteressen, z.B. die der Rüstungsindustrie. In der Konsequenz schaffen sie ein Gefahrenpotential, das die Menschheit und die Natur durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen in ihrer Existenz gefährdet.

Schleswig-Holstein muss von der NATO – Festung Nord zu einer Region des Antimilitarismus und Friedens werden.

Etwa 70 % der Bevölkerung sind gegen die Beteiligung am Krieg in Afghanistan und verlangt den sofortigen Rückzug der Bundeswehr in die Kasernen ihrer Standorte.

-- Sie schaffen eine Situation, in der ausschließlich Profitinteressen bestimmend sind für politische Entscheidungen. Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit gerade für größer werdende Teile der Jugend sind die Folgen. Zukunftsunsicherheit wächst, ein planbares Leben in sozialer Sicherheit bei erträglichem Auskommen wird immer schwerer vorstellbar.

Hartz IV, Leiharbeit, aufgezwungene Teilzeitarbeit, Löhne und Einkommen, die nicht ausreichen, um die Lebenshaltungskosten zu bezahlen, sind menschenunwürdig und eine Bedrohung für alle Beschäftigten und ihre Familien.

65 % der Bevölkerung meint, dass diese Gesellschaft ungerecht ist. Gerechtigkeit verlangt, dass die Interessen der Bevölkerung unabdingbar sind für politische Entscheidungen!

d. Politikwechsel – das sind konkrete Veränderungen jetzt!

Politische Forderungen, die im Landtag auf die Tagesordnung müssten:

1. Alle privaten Banken sind zu enteignen und in öffentliches Eigentum zu überführen. Deren Tätigkeit muss vor allem darauf orientiert sein, die negativen Auswirkungen der Finanzkrise für die Arbeiterklasse und Selbständige sowie Handwerksbetriebe zu bekämpfen.

Jede Form weiterer Privatisierung (z.B. Bildung, Gesundheit, Energieversorgung, Verkehrssysteme), die Enteignung der Bevölkerung ist, muss verhindert werden! Projekte zur Rückführung von Betrieben und Einrichtungen in öffentliches Eigentum (Rekommunalisierung) sind zu entwickeln.

2. In Schleswig-Holstein wird ein Verbund für Meerestechnologie, Schiffbau und Energiewirtschaft in öffentlichem Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und Vertreter der Bevölkerung geschaffen.

Eine Voraussetzung dazu ist, dass die bestehenden Werften, Energieanlagenproduzenten und die entsprechende Zulieferindustrie in öffentliches Eigentum überführt werden und nach einer Konzeption produzieren, die gesellschaftlich erarbeitet und kontrolliert wird.

Das AKW Brokdorf wird nach Krümmel und Brunsbüttel abgeschaltet. Diese Forderung wird von mehr als 2/3 der Bevölkerung unterstützt.

3. Die Schuldenbremse muss weg! Die staatlichen Ausgaben können durch die Reichensteuer, die Heraufsetzung der Steuern für Großverdiener und die Einsparung von Schuldentilgung und Zinsen an die Banken finanziert werden.

Die zukünftige Landesregierung hat Möglichkeiten zur Veränderung der Politik im Bund. Sie konsequent zu nutzen heißt:

-- Sofortige umfassende Kürzung der Rüstungsausgaben! Die Mittel werden für die Bildung und Ausbildung zur Verfügung gestellt.

-- Eine Steuerpolitik durchsetzen, die hohe Einkommen gerecht belastet!

-- Die Forderung der Gewerkschaften „Weg mit der Rente mit 67“ in politische Entscheidungen umsetzen!

-- Verringerung der wöchentlichen gesetzlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohn-, Gehalts- und Personalausgleich!

-- Schluss mit Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und Arbeit zu Dumpinglöhnen! Ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro muss in allen Branchen durchgesetzt werden.

-- Arbeitsplätze sichern und neue schaffen! Dazu ist es auch erforderlich, soziale, ökologisch nachhaltige und bildungsorientierte Infrastrukturen zu schaffen.

4. Schleswig-Holstein benötigt ein Umbauprogramm, das durch einen Politikwechsel möglich wird. Gewerkschaften, soziale Bewegungen, wissenschaftlich arbeitende Institutionen und Einrichtungen, Netzwerke der Bevölkerung, Bewegungen unterschiedlicher Art sollten zur Erarbeitung solcher politischer Veränderungen und Zukunftslösungen gebildet werden.

Der Diktatur des Finanzkapitals muss die demokratische Alternative entgegengestellt werden!

5 Die NPD und alle faschistischen Organisationen müssen entsprechend der Forderung des Grundgesetzes verboten und aufgelöst werden! Politische Weichenstellungen zu einer tatsächlich multikulturellen Gesellschaft verlangen neben der umfassenden Bekämpfung von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus ein politisches Konzept zur Durchsetzung von gleichen Rechten und Möglichkeiten für alle Menschen, die hier leben. Eine besondere Förderung von Migranten ist Voraussetzung für eine faktische Gleichberechtigung.

6 Die Forderung nach einem demokratischen durchlässigen Bildungssystem muss mit Gewerkschaften, Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Lehrenden, Vertretern von Eltern in der Bevölkerung diskutiert und entwickelt werden.

Eckpunkte dafür sind die integrierte Gesamtschule als Regelschule, zukunftsorientierte progressive Lehrinhalte, die Sicherung aller Hochschulen. Bildung muss von Konzerninteressen frei werden, sie muss kostenlos sein.

Absolventen von Hochschulen und Schulabgänger nach der Ausbildung haben das Recht auf Arbeitsplätze.

## Wer sich nicht wehrt - lebt verkehrt

In der Momentaufnahme 2011 stellen sich die Verhältnisse labil dar:

-- Es gibt zahlreiche außerparlamentarische Aktionen, die teilweise Erfolge durchsetzen konnten: Arbeitsplätze konnten erhalten werden, einige Betriebsschließungen wurden verhindert, einige AKWs wurden und werden abgeschaltet.

Dass die Bundeswehr nicht direkt in Libyen eingesetzt war, ist Folge einer großen mehrheitlichen Ablehnung der Kriegspolitik.

Faschistische Provokationen konnten verhindert bzw. wirkungsvoll behindert werden.

Von einem tatsächlichen Politikwechsel aber sind wir noch weit entfernt, obwohl „der Baum schon brennt“! Vor allem mangelt es an wirkungsvollen Kämpfen der Gesellschaft und ihrer Mitglieder auch für politische Änderungen im Land.

Dies zu ändern ist auch und gerade im Landtagswahlkampf unser Ziel.

-- Unser Handeln soll die Herausbildung von gesellschaftlichen Allianzen befördern. Darunter verstehen wir den Zusammenschluss außerparlamentarischer Bewegungen, gesellschaftlicher Organisationen und solcher Parteien, die einen progressiven Politikwechsel tatsächlich wollen.

Dieses Netzwerk kann einen Politikwechsel bewirken. Der außerparlamentarische Kampf ist entscheidend für die Durchsetzung wirklicher Veränderungen zu einer Politik im Sinne der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung!

-- Die Perspektive muss vor allem die Weiterentwicklung von Abwehrkämpfen zu offensiven Kämpfen für einen Politikwechsel werden. Dabei geht es um solche Reformen, die die Macht des Kapitals begrenzen oder in Teilen bereits aufheben, es geht um die Durchsetzung von Demokratie im Sinne einer realen Politik im Interesse der Mehrheit, die dann tatsächlich Inhalte und Entscheidungen bestimmt.

In die Auseinandersetzungen und Kämpfe wollen wir Mitglieder der DKP unsere Vorstellungen für Alternativen und Perspektiven entsprechend unseres Parteiprogramms einbringen.

(Abrufbar unter [www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de))

Wir verstehen uns als solidarischer Teil von Bewegungen und Initiativen. Zugleich haben wir an uns selbst den Anspruch, in den Bewegungen Zukunftsfragen einzubringen und diese wechselseitige Diskussion zu befördern.

Tagespolitische Kämpfe verlangen aus unserer Sicht die Einbindung in das Werben für gesellschaftspolitische Alternativen, weil sonst der notwendige „lange Atem“ zum kämpfen für vermutlich längere Zeit fehlt.

Politische Bewegungen benötigen als Grundlage eine Einheit von aktuellen zu mittelfristigen zu langfristigen Überlegungen für ein „politisches Projekt“.

## **Sozial - is - mus**

Der Kapitalismus ist ohne Krisen nicht denkbar.

Er bedroht die soziale Existenz, aber auch die Lebensexistenz. Heute bezahlen den Preis für dieses System die Hungernden und Sterbenden in der Welt. Eine Milliarde Menschen hungern.

Milliarden Menschen verfügen über weniger als einen Dollar pro Tag. Die Armut wächst, während gleichzeitig der Reichtum einiger Weniger astronomische Höhen erreicht.

Jeder Siebente ist in Deutschland arm.

Jedes fünfte Kind muss unter Bedingungen von Armut aufwachsen.

Der Verzicht auf bessere Nahrungsmittel betrifft längst nicht nur Arme.

Die Alternative zu diesem System ist ein modernes zukunftsfähiges demokratisches Gesellschaftssystem: der Sozialismus!

Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse und Leistungen der Menschen politische Entscheidungen bestimmen. Im Sozialismus sind die Menschenrechte, wie das Recht auf Leben und Unversehrtheit, gewährleistet.

Durch eine planmäßige arbeitende Wirtschaft, in der die entscheidenden Produktivkräfte gesellschaftliches Eigentum sind, werden demokratische Entscheidungen erst möglich und tatsächlich durchsetzbar.

Tatsächliche Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung sind nur in einer solchen Gesellschaft möglich, die frei ist von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Der Sozialismus kann nur entstehen, wenn Mehrheiten ihn wollen und immer wieder weiterentwickeln.

## **Aufruf zu den Landtagswahlen**

Keine Stimme den Parteien, die ihre Mandate nutzen, um Sozialabbau, Schuldenkrise, Kriegspolitik, Bildungsmisere durchzusetzen!

Weder CDU noch FDP oder SPD und Grüne sind wählbar!

„Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber!“ (Tucholsky)

Prüft die wahlpolitischen Aussagen von SSW, Piratenpartei und der Partei „Die Linke“! Sie formulieren oft berechnete Anliegen oder wünschenswerte Alternativen.

Aber SSW und PDL haben auch eine Landtagspraxis. Entscheidet selbst, ob Forderungen und Praxis dieser Parteien Wirkung erzielt haben!

Bei der Piratenpartei ist bisher nicht erkennbar, für welche Positionen sie in wichtigen Fragen steht.

Wählt mutig für eine wirklich andere Politik!

Wählt die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP!

Sie stehen in Wort und Tat für einen Politikwechsel.